

Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Erstausg.:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Gesellschafts-Presse: Deigrahe Nr. 5.

No. 142.

Donnerstag den 20. Juli.

1893.

Das „Opfer“ der konservativen Partei.

Das Organ der *Liberal-Konservativen*, welche neuerlich dem Grafen Herbert Bismarck wegen seines tapferen, aber völlig unwirksamen Angriffs gegen den neuen Kurs lebhaften Beifall spendeten, die „*Kreuzzeitg.*“, schreibt heute: „Nachdem einmal eine Verhärkung unserer Wehrkraft unter Beibehaltung der dreißährigen Dienstzeit zur Unmöglichkeit geworden war, sind wir mit voller Entschiedenheit für Unterstüßung der Regierungsvorlage eingetreten und nicht an uns hat es gelegen, wenn sie schließlich nur in der abgeänderten Formulirung des Antrags Huene angenommen wurde.“ Der Wahrheit gemäß mußte dieser Schluss lauten: Nicht an uns hat es gelegen, wenn die Vorlage nicht schließlich in der ursprünglichen Fassung auch von dem neuen Reichstage abgelehnt worden ist. Denn die deutschkonservative Partei hat keinen Augenblick daraus ein Hehl gemacht, daß sie die Umwandlung des Antrags Huene in eine neue Regierungsvorlage als einen „*Hebel*“ in ihrem Sinne ansieht und daß sie, ganz wie Graf Bismarck und die „*Hamb. Nachr.*“, in dem Bericht auf die dreißährige Dienstzeit eine Verschlechterung der Armee und die Preisgebung der großen Traditionen der — preussischen Constanzität erkennt. Wie manches wäre anders gekommen, wenn die deutschkonservative Partei des Reichstags dieser Ueberzeugung von Anfang an Ausdruck gegeben hätte. Vor allem aber, wie vertragen sich mit dieser Einsicht, daß eine Verhärkung unserer Wehrkraft unter Beibehaltung der dreißährigen Dienstzeit zur Unmöglichkeit geworden, die Deklamationen des Frh. von Manteuffel von den schweren Opfern, welche die konservative Partei durch Zustimmung zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit gebracht habe? Eine Partei hat doch nicht das Recht, von einem „*Opfer*“ zu sprechen, welches sie bringe, indem sie auf die dreißährige Dienstzeit verzichtet, weil bei Aufrechterhaltung derselben die Armee den Anforderungen, die für die Sicherheit des Vaterlandes an sie gestellt werden müssen, nicht mehr entsprechen würde? Die dauernde Dienstzeit kann nicht Gegenstand der politischen Ueberzeugung sein, um so weniger, wenn die „*dreißährige*“ Dienstzeit nur dem Namen nach, nicht thatsächlich besteht. Ob zwei- oder dreißährige Dienstzeit ist lediglich eine Frage der Erfahrung und der militärischen Technik. Die preussisch-deutsche Armeearganisation beruht auf dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht, deren praktische Durchführung selbstverständlich an dem Bedarf an kriegstüchtigen Mannschaften und an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Volks seine Schranke findet. Die *Liberal-Konservativen* aber waren auf dem besten Wege, die Durchführung des Prinzips zu verhindern, weil — nun weil die Herabsetzung der Dienstzeit in Verbindung mit einer weiteren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht eine alte liberale Forderung ist. Weil in dem freisinnigen Programm sich diese Forderung findet und Graf Caprivi dennoch vor der Anerkennung derselben nicht zurückgeschreckt ist, behauptet die „*Kreuzzeitg.*“, es sei für jeden konservativen Mann sehr bedauerlich, daß die so lange, so mühsam, so erfolgreich unter der glorreichen Regierung Kaiser Wilhelm's I. von Sr. Majestät selbst und seinen großen Verathern — Bismarck, Moltke, Roon — erkämpfte Position preisgegeben wurde und „*man*“, d. h. die Regierung sich dem militärischen Programm der sanftmüthigsten Gegner jener accomodirt hat! Das ist es, was die *Liberal-Konservativen* dem Grafen Caprivi nicht verzeihen, daß er durch den Bericht auf das Septennat und auf die dreißährige Dienstzeit als Kampfsähne wieder einen der unter dem Regime des alten Kurtes künstlich geschaffenen Gegenstände zwischen den liberalen Parteien und der Regierung beiseite und damit die konservative Partei verbindend hat, der Regierung ihre Bedingungen zu diktiert. Das ist das Opfer, welches die Herren v. Manteuffel und Gen. zu bringen nicht umhin konnten.

Politische Uebersicht.

Der *französisch-siamesischen* Conflict gewinnt eine immer größere Schärfe. Eigenthümlich berührt der Umstand, daß auf der einen Seite die diplomatischen Verhandlungen ihren Fortgang nehmen, während in den freilich Gebieten die Feindseligkeiten im besten Zuge sind und die Franzosen mit den Siamesen sich täglich herumschlagen. Der französische Minister des Auswärtigen, Develle, empfing am Montag Vormittag in offizieller Audienz den siamesischen Gesandten, der eine Note überreichte. Vorher hatte der Minister eine längere Unterredung mit dem russischen Votschafter Baron Nobrenheim. Man glaubt, auch diese Unterredung stehe in Beziehung zu den siamesischen Ereignissen. — Eine den Pariser Blättern zugegangene offiziöse Note erklärt die Nachricht, daß die Regierung den Admiral Humann deavouirt habe, für vollkommen unbegründet. Humann hat bekanntlich das Vordringen der französischen Flotte auf dem Menamflus angeordnet, wobei es zu dem ersten ernstlichen Gefecht mit der Besatzung der den Fluß beherrschenden siamesischen Forts kam. — Inzwischen treffen natürlich tagtäglich in Paris die üblichen Siegesbulletins ein, die selbstverständlich mit großer Vorsicht aufzunehmen sind, zumal da auch der berühmte „*eine Lotte*“ auf französischer Seite nicht fehlt. Sider scheint indes ein Vordringen der Franzosen von Ost nach West in das siamesische Gebiet zu sein. — Nach einem Wolffschen Telegramm beschloß der französische Ministerrath, für den durch die Siamesen in den Grund gehohlenen Steamer „*Jean Baptiste Say*“ Schadenersatz zu fordern, desgleichen für die Familien der getödteten, verwundeten und gefangenen Staatsangehörigen oder Mitglieder einer unter dem Schutze Frankreichs stehenden Nation. Die Regierung erachtete die Rechte Frankreichs durch die Verträge vollkommen klar gestellt und die Situation vertrage keinerlei fremde Einschüpfung. Frankreich handle ohne Eroberungsabsichten und achte die Unabhängigkeit Siam's.

Die Haltung *Englands* im *französisch-siamesischen* Conflict ist nunmehr eine sehr entschiedene geworden und gravitirt nach der Richtung, daß der Bestand des siamesischen Staates unter keinen Umständen angetastet werden darf. In der Montagssitzung des Unterhauses verlas der englische Parlamentssecretär des Auswärtigen, Grey, eine offizielle Erklärung, die diesen Standpunkt der englischen Regierung unabweisend zum Ausdruck bringt und die vielleicht auf gewisse nach „*gloire*“ lüsterne französische Hühner etwas abkühlend wirken dürfte. Das Unterhaus sah hierauf von einer weiteren Erörterung des Gegenstandes ab. — Eine gleichlautende Erklärung verlas im Oberhause der Staatssecretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Carl von Rosenbery. — Die Gladstone nachstehenden, „*Daily News*“ sprechen offen aus, daß eine französische Anexion Siam's so widersinnig sei, daß die bloße Idee jenseits des Canals kaum möglich sei; sie würde die französische Grenze dort mit der englischen identifizieren, und das wäre gegen das Interesse beider Parteien. Wenn Siam nicht bestände, müßte es erfunden werden, um Frankreich und England getrennt zu erhalten. Nach einer Meldung der „*Times*“ aus Bangkok verlassen viele Engländer mit ihren Familien und ihrem Vermögen Siam.

Die Auflösung des *Communalraths* von Neapel ist, wie bereits gestern kurz erwähnt, von der *italienischen* Regierung verfügt worden. Das ber. Dekret ist am Montag im amtlichen Blatte publizirt und zugleich ein königlicher Commissar ernannt worden. Motivirt wird die Maßregel damit, daß der — bekanntlich seiner Mehrheit nach radikale und franzosenfreundliche — bisherige Communalrath es nicht verstanden habe, die für Neapel und den Staat hochwichtigen Aufgaben zu lösen, und ferner

sei eine ernste und verständige Verwaltung der Finanzen nothwendig.

Der *klerikale belgische* Ministerpräsident Bernaert, der am vergangenen Freitag bereits sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, hatte am Montag eine kurze Unterredung mit dem König. Der König erklärte, mitten in der Verfassungsrevision das Gesuch abzulehnen zu müssen, Bernaert weigerte sich jedoch, sein Gesuch zurückzunehmen und erklärte, die Geschäfte nur zeitweilig weiterführen zu wollen. Im Falle des Rücktritts Bernaert's wird das ganze Ministerium zurücktreten.

In der *serbischen* Skupshtina wurden am Montag die Anklageverhandlungen gegen das frühere liberale Ministerium fortgesetzt. Der Depuirtirte Debnaisch nahm das Wort im Sinne der Anklage, welche er als einen nothwendigen Klärungsprozess bezeichnete, obwohl die Regierung nicht für die Anklage eintrete. Zur Debatte meldeten sich mehrere Redner, darunter der Führer der Fortschrittler, Garaschanin. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die *brasilianische* Insurrektion in der Provinz Rio Grande do Sul ist ihres Führers beraubt worden. Eine Depesche des „*New-York Herald*“ aus Balparaiso bekämpft die Gefangenennahme des Admirals von den Koff, welcher nach der Ansicht des Blattes wahrscheinlich als Verräther gehenkt werden wird. Bei der brasilianischen Gesandtschaft in Berlin ist in Bestätigung der anderweitigen Meldungen folgende amtliche Depesche eingegangen: „*Rio*, 17. Juli. Die Kanonenboote „*Republica*“ und „*Cananca*“ haben den Admiral von den Koff auf der Höhe von Santa Catharina mit seinem Schiffe „*Jupiter*“ festgenommen, ohne auf Widerstand zu stoßen.“

Die *chinesische* Regierung verweigerte nach einer Meldung des „*Standard*“ aus Shanghai die Schadloshaltung für die Ermordung der schwedischen Missionare Bispholm und Johansson in Sumpu. In Massenversammlungen der Ausländer in Shanghai und Hankow wurden energische Resolutionen gefaßt, welche die Großmächte aufforderten, einzuschreiten, die chinesischen Behörden zu nötigen, die Verträge zu achten, den Vizekönig und den Gouverneur zu bestrafen. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Mandarinen in Sumpu an dem Doppelword mehr oder weniger indirekt theilhaftig waren.

Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Die Nacht „*Hohenollern*“ mit dem Kaiser Wilhelm und der Kaiserin an Bord traf gestern Vormittag auf der Höhe von Wisby auf Gotthand ein. Eine zahlreiche Menschenmenge erwartete auf dem Quai die Ankunft des Schiffes. Die Häuser der Stadt und die Schiffe waren reich besetzt. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich mit ihrem Gefolge um 5 Uhr 15 Minuten an Land und unternahmen eine Fahrt durch die Stadt und nach den Ruinen. Das Abendessen nahmen die kaiserlichen Majestäten an Bord der „*Hohenollern*“ ein. Am Abend fand zu Ehren des Kaisers und der Kaiserin in den Ruinen ein Fest statt. In den beleuchteten Ruinen gelangten Szenen aus dem kühnen Leben des Mittelalters sowie aus der Zeit der Hanfa, verbunden mit Gesängen, zur Darstellung. Die Allerh. Herrschaften beabsichtigten heute früh wieder in See zu gehen, um nachmittags bei Tullgarn einzutreffen, wo wahrscheinlich eine Zusammenkunft mit dem schwedischen Kronprinzen stattfinden wird. Das Befinden der Majestäten ist vorzüglich. — Die Prinzessin Heinrich von Preußen traf gestern aus Windsor im Haag ein und begab sich alsbald nach Scheveningen.

— (Zu den Kaisermandatoren) im September meldet die „*Neue Zeitung*“: Das Nezer Bezirkspräsidium ist davon in Kenntniß gesetzt worden, daß der Kaiser am 3. September mittags in Reg. eintrafen und sich hier sechs Tage aufhalten wird. Er

wird mit einem möglichst kleinen Gefolge auf Schloss Urvolle Wohnung nehmen. Die Kaiserwagen über nehmen am 5. September ihren Anfang, nach dem schon im April festgestellten Plane.

— (Prinz Mar von Sachsen), der erst vor einigen Jahren nach Abschluß seiner Universitätsstudien in Leipzig die juristische Doctorwürde erworben, hat, wie wir bereits mittheilten, seine militärische Laufbahn aufgegeben. Der Prinz ist inzwischen ohne Dienerschaft und Begleitung von Döbitz abgereist, nachdem er auf Nimmerwiedersehen von seiner Umgebung Abschied genommen, und ist in ein Kloster gegangen.

— (Im Abgeordnetenhaus) hat Bureaudirector Kleinschmidt schon jetzt, wenige Wochen nach Schluß der Session, eine wenn auch nur vorläufige Uebersicht über die Geschäftsbürokratie des Hauses in der Session 1892/93 zur Vertheilung gebracht.

— (Betreffs des preussischen Landtags) wird von den officiösen „Berl. Pol. Nachr.“ geschrieben, daß derselbe nicht vor Januar einberufen werden soll. Die Neuwahlen dürften voraussichtlich im Monat November stattfinden. Der nähere Termin werde mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der Berufung des Reichstages und der Berufung der Synoden festgesetzt werden, weil es thöricht zu vermeiden sein würde, die Wahlen mit der Tagung dieser Körperschaften und wegen der dadurch bedingten Inanspruchnahme zahlreicher Wähler zusammenfallen zu lassen. — Danach ist anzunehmen, daß die Neuwahlen zum Landtag doch nicht erst im November, sondern schon im October stattfinden. Bei den letzten Landtagswahlen im Herbst 1888 fanden die Urwahlen am 30. October, die Abgeordnetenwahlen am 6. November statt. Die „Post“ ergänzt die Nachricht von der Anberaumung der Wahlen zu Anfang November dahin, daß kurze Zeit darauf der Reichstag zu seiner neuen Tagung einberufen werden soll.

— (Minister-Conferenz.) Am 6. August soll, dem Vernehmen der „Kreuztg.“ nach, in Frankfurt a/Main eine Konferenz der Finanzminister deutscher Bundesstaaten mit dem preussischen Finanzminister Dr. Miquel stattfinden. Selbstverständlich handelt es sich dabei um die Erörterung der Drückungsfrage für das Militärwesen, welches an dauernden Ausgaben ein Mehr von rund 55 Millionen Mark erfordert, wozu noch die Zinsen für die durch Anleihen zu beschaffenden einmaligen Ausgaben in Höhe von insgesamt 60 Millionen Mark kommen. Daß der preussische Finanzminister die Verhandlungen leitet, kann Niemanden überraschen, nachdem Graf Caprivi bereits im Reichstage gesagt hat, „im engsten Verein mit der preussischen Finanzverwaltung“; Hand in Hand mit ihr sei die Reichsfinanzverwaltung vorgegangen und befreit gewesen, andere Steuerquellen zu finden. Der Rücktritt des Schatzsecretärs v. Malgahn wird auch officiös bestätigt.

— (Wahlinauträge.) In einer während der letzten Wahlperiode in Knittlingen abgehaltenen Wählerversammlung hatte der Sozialdemokrat, ehemalige Candidat der Theologie v. Wächter behauptet, Reichskanzler v. Caprivi habe geäußert, „es wäre besser, wenn die Hälfte des Volkes weder lesen noch schreiben könnte.“ Aus der Versammlung wurde sofort lebhafter Widerspruch gegen die Richtigkeit dieser Behauptung laut. Wächter blieb aber dabei, daß jene angebliche Äußerung Caprivis's Thatsache sei, er könne es beweisen. Die nachfolgende Erklärung des Reichskanzlers kennzeichnet in der würdevollsten Weise jene Behauptung als total aus der Luft gegriffene Gerüchtung:

Berlin, 10. Juli. Das von Ew. Wohlgeboren unter dem 8. v. an die Reichsfinanzlei gerichtete Schreiben, in welchem Sie über eine Behauptung des Sozialdemokraten Theodor v. Wächter Auskunft erbitten, ist mir vorgelegt worden. Der Behauptung fehlt jede thattsächliche Unterlage. Ich habe weder im Reichstage noch an anderer Stelle jemals erklärt, es wäre besser, wenn die Hälfte des Volkes weder lesen noch schreiben könne. Ich stelle Ew. Wohlgeboren anheim, von dieser meiner Mittheilung jeden Ihnen möglich schmeichelnden Gebrauch zu machen. Der Reichskanzler: Caprivi.

— (Zur Tabaksteuerfrage.) Die „Freis. Ztg.“ will von verschiedenen Seiten die Nachricht erhalten haben, daß eine Tabaksteuervorlage für die Herbstsession des Reichstages vorbereitet wird. Es handle sich diesmal um die Einführung einer Tabakfabriksteuer. Das Blatt schreibt weiter dazu: Als kurz vor der letzten Abkündigung im Reichstage Abg. Richter an den Reichskanzler nochmals eine Frage in Bezug auf die Deckungsmittel stellte, formulirte er diese Frage dahin, ob der Reichskanzler verzichte, Deckungsmittel zu gewinnen durch eine Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer und durch eine andere Belastung von „Lebensmitteln.“ Der Reichskanzler erklärte sich zustimmend namens der verbandten Regierung. Schon bei diesem vorher vereinbarten Aus-

tausch von Erklärungen fiel die Betonung des Wortes „Lebensmittel“ auf. Nun gehört allerdings der Tabak nicht zu den Lebensmitteln, sondern ist ein Genussmittel, aber ein allgemeines und weit verbreitetes. Die höhere Besteuerung des Tabaks in Form der Fabriksteuer mag es vielleicht ermöglichen, die feineren Tabake etwas höher zu belassen. Aber immerhin wird der bei weitem größte Theil auch einer solchen Belastung auf die minder wohlhabenden Klassen fallen und einen allgemeinen Verbrauchartikel treffen. Man mag denselben formell immerhin als Luxusartikel bezeichnen, jedenfalls gehört das Tabakrauchen zum bescheidensten Lebensgenuss, den viele sich gönnen, welche in harter widriger Arbeit ein schweres Dasein führen. — Auch ein Correspondent der „Rhein. Westf. Ztg.“ will erfahren haben, daß an der für den neuen Deckungsplan voraussichtlich maßgebenden Stelle die Absicht bestehe, unter den neuen Luxusartikeln auch eine ausgiebige Abgabe auf diejenigen Cigaretten einzuführen, deren Genuss sich nur die wohlhabenden und reichen Klassen gestatten dürfen.

— (Der Reichsanzeiger) theilt im nicht amtlichen Theile eine vom 15. Juli datirte Cabinetsordre an den Reichsanzwiler Thätigkeit in allen Stadien der statutarischen Erörterungen die Durchführung der Reform sich habe angelegen sein lassen. Der Schluß der Cabinetsordre spricht den Wunsch aus, daß die unschätzbaren Dienste des Kanzlers dem Kaiser und dem Vaterland noch lange mögen erhalten bleiben. Von dem Kriegsminister, der doch der nominelle Urheber und Vertreter der Vorlage ist, war bisher noch nicht die Rede; er hat weder Orden, noch sonst eine Anerkennung erhalten, obgleich er doch einige Male das Wort für die Vorlage genommen hat. Niemand kann überrascht sein, wenn General v. Kaltenborn-Stachau demnächst eine andere Verwendung findet.

— (Die Enttäuschung der Staatsbürger.) hat in der That nicht auf sich warten lassen. Justizminister v. Schelling hat die „N. A. Z.“ in die Lage gesetzt, zu berichten, daß er „eine Erklärung, wonach er vorläufig nicht in der Lage, einen Juden als Richter anzunehmen“, nicht abgegeben habe. Wie der in Frage stehende „jüdische Affessor“ den Minister so sehr außerordentlich konnte, das auszuklären, ist die Aufgabe des Blattes, welches die „Nachricht“ verbreitet hat. Fürs erste genügt uns die Erklärung des Herrn v. Schelling.

— (Zum Religionszwang für Dissidenten.) theilt die „Volksztg.“ einen neuen Fall mit. Ein Vater hatte seine Wittvittensbescheinigung aus der Landbesirke bei der Berliner Schuldeputation eingereicht, um seine Kinder vom Religionsunterricht zu dispensiren. Darauf erhielt er aber von der Schuldeputation den Befehl, daß die Kinder verpflichtet sind, so lange an dem Religionsunterricht der Schule Theil zu nehmen, bis ein anerkannter anderweitiger Religionsunterricht nachgewiesen ist.

— (Gesängnisarbeit.) Während aus Handwerkerkreisen der Wunsch laut wird, die Gesängnisarbeit möge ganz abgeschafft werden, scheint die Regierung eher geneigt, sie noch weiter auszu dehnen. Am schwersten leidet unter der Concurrenz der Sträflinge die Korbmacherei. Es werden mit Arbeiten dieser Branche in den Gefängnissen nicht weniger als 1000 Personen beschäftigt, gegenüber nur 5600 selbstständigen Korbmachern, die in Deutschland überhaupt existiren. Eine große Ausdehnung hat die Sträflingsarbeit für staatl. Betriebe angenommen, so daß z. B. etwa 600 bis 700 Gefangene als Schneider für die Herodverwaltung arbeiten. Es wird sogar versucht, für diese Behörde baumwollene und leinene Stoffe durch Handweberei herzustellen, wobei es allerdings fraglich erscheint, ob die Strafanstalten den Wettbewerb mit den Maschinenbetrieb werden aushalten können. Es ist ferner in Aussicht genommen, Ausrüstungsgegenstände für die Kasernen in den Strafanstalten anfertigen zu lassen. Die Versuche, Bedarfsgegenstände für die Eisenbahnverwaltung zu liefern, werden fortgesetzt; mit dem Minister für Handel und Gewerbe schweben Verhandlungen über die Anfertigung von Gegenständen für die Bergwerksverwaltung. Nimmt man hinzu, daß außerordentlich selbstverständlich die Gefangenen im weitesten Umfange für die Gefängnisverwaltung beschäftigt werden, daß nicht nur alle Gebrauchs- und Ausrüstungsgegenstände, soweit irgend möglich, von den Sträflingen hergestellt, sondern auch Reparaturen, Um- und Neubauten vielfach von ihnen ausgeführt werden, so sind die Klagen der Handwerker leicht zu verstehen. Für den Fiskus resultiren aus diesen Verhältnissen freilich große Ersparnisse, aber wo bleibt die Sozialpolitik?

— (Aus Kamerun) enthält das „Deutsche Colonialbl.“ einen Bericht des Assessor Wehlauf über eine Strafexpedition gegen die aufständi-

gen Mabealeute in Südbarun, deren Gebiet im Süden bis zum Campo, im Norden bis zum Lotundestfluß reicht und im Osten durch das Njumban und Mutuland begrenzt wird. Die Mabeas hatten für sich das alleinige Recht des Zwischenhandels mit dem Hinterlande in Anspruch genommen, und als die europäischen Firmen in Groß-Batanga und den Nachbarländern eigene Handelsfirmen ausrichten wollten, um Gummi und Eisenblech aus dem Njumbanland nach der Küste zu schaffen, entstand offene Empörung unter den Mabeas, an deren Spitze sich King Benga aus Mayeffe stellte. Säumliche durch das Land führenden Handelsstraßen wurden gesperrt, von der Küste kommende Karawanen mit Waffengewalt zurückgejagt, aus dem Innern zurückkehrende, im Dienste der weißen Händler überfallend, und ausgeraubt. Infolge der gewaltthätigen Verschließung des Hinterlandes und der von den Mabeas geübten Feindseligkeiten lag das Geschäft daselbst völlig darnieder, und darum wurde eine Strafexpedition ins Werk gesetzt. Dieselbe bestand aus 85 Mann und 30 Trägern, die ein Schnellfeuer- und ein Maxim-gebüß mit sich führten und auf dem Fahrzeug „Nachtigal“ in der Nacht nach Groß-Batanga geführt wurden. Der versuchte nächtliche Ueberfall mißlang, da bald die ganze Ufsh Bevölkerung allarmirt war. Am folgenden Morgen wurden dann nach mehr oder weniger heftigem Kampf die Dörfer Noumali, Mbeafa und Maffel genommen, worauf der Zug auf Mayeffe, den Standort von King Benga, marschirte; nach Zusammenstoßen einer Patrouille wurde auch dies im Sturm genommen, ferner eine Reihe von Dörfern zerstört, wobei aber die Feinde immer von neuem ihre Angriffe wiederholten, so oft sich die Expedition in unglücklicher Lage befand. Assessor Wehlauf schildert in voller Ausführlichkeit jene einzelne Vorkämpfungen. Das Endergebnis der zwei Wochen währenden Expedition war die völlige Niederlage der Mabeas. Vier Tage nach Rückkehr der Expedition kamen 300 Mabeas zur Küste, um Frieden zu erbitten. Assessor Wehlauf hatte Befehl gegeben, ihnen für diesen Fall zu bedeuten, daß sie so lange befristet würden, bis er King Benga hätte, vor Auslieferung dieses Hauptführers keine förmliche vom Frieden keine Rede sein. Die Mabeas gingen zurück und lieferten nach mehreren Tagen ihren bisherigen Herrscher Benga aus, den Assessor Wehlauf dem Tode durch den Strang überantwortete. Assessor Wehlauf erzählt, daß er während seines Aufenthaltes in Groß-Batanga mit 17 Hauptlingen Frieden geschlossen habe; dieselben seien, je nach ihrer Leistungsfähigkeit, zu größeren oder geringeren Strafkolonien verpackt worden. Der Friedensschluß mit den übrigen Mabeas trübe bei seiner nächsten Vereingung des Südbaruns bestimmt in Aussicht.

— (Colonialpolitik.) Die südwestafrikanische Schutztruppe wird eine Verstärkung von 90 Mann erhalten, die aus Freiwilligen der deutschen Armee besteht. Diese sind Sonnabend Nachmittag in Berlin eingetroffen und Montag Vormittag etageklettert worden. Sie fuhren Dienstag Abend nach Hamburg, wo sie tags darauf unter Führung des Grafen Haltrink eingeschifft werden. — Wie man mehreren Blättern berichtet, wird der beabsichtigte Burenreid nach Deutsch-Südwestafrika seitens der Reichsregierung nicht genehmigt.

Provinz und Umgegend.

|| Halle, 18. Juli. Infolge des eingetretenen equinoccialen Regens hat das Fischsterben in der Saale, das sich bis zur Einmündung in die Elbe fortsetzte, nachgelassen bzw. aufgehört. Die der Bergung nicht eingelegenen Fische erholten sich zusehends. Der unter den Fischen angetriebene Schaden ist ein sehr beträchtlicher, da Millionen von Fischen jeder Größe zu Grunde gegangen sind.

|| Bitterfeld, 16. Juli. Wie bekannt, sind die Staatszuschüsse zu den gewerblichen Fortbildungsschulen für 1893/94 ermäßigt worden und infolgedessen wurde der von der königl. Regierung bewilligte Staatszuschuß für die seit 1878 bestehende hiesige Fortbildungsschule von jährlich 850 Mk. auf 670 Mk. vermindert. Daraus hatte der Magistrat geschlossen, da zu den für dieses Jahr erforderlichen Kosten 2170 Mk. die Stadt einen Zuschuß von 1500 Mk. aus der Kammereinnahme zahlen mußte, sich außerdem die hiesige Fortbildungsschule bei dem größten Theile der beteiligten Meister keines großen Interesses erfreut, diese von jetzt ab aufzulösen. In der letzten Sitzung der Stadverordneten kam die Beschlussefassung dem Antrage des Magistrats zu. Mehrere Lehrer der hiesigen Volksschule verlieren dadurch Einkünfte von 200—300 Mk.

|| Kössen, 14. Juli. Eine grauenhafte That hat die hiesige Gegend in fieberhafte Aufregung versetzt. Nämlich in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde der Ortsbefehlshaber in Reinsberg in seinem Schlafzimner ermordet. Der Thäter hat seinem Opfer die Kehle durchschnitten. Mehrere Kinder, die mit dem Vater das Schlafgemach theilten, haben von dem Vorgange nichts gemerkt.

Wohnung, 4 St., R., Zubeh., besichl. Entrée, zum 1. Octbr. für 300 Mk. zu vermieten **Weiße Mauer Nr. 2, 1. Et.**

Eine Wohnung von Küche, Kammer und großer Küche ist zu vermieten und 1. October zu beziehen **Seufzstraße 22.**

Eine kleine Erkerwohnung mit Zubehör ist zu vermieten **Häckerstraße 22.**

Zwei Logis sind zu vermieten u. 1. Oct. 1893 bezugsfähig **H. Ritterstraße 16.**

Ein Paar Meierei und ein Paar mittlerer Familien-Wohnungen zu vermieten **Saalkirche 13.**

Eine Wohnung zu vermieten **Brühl 7.**

Eine kleine möblierte Wohnung an einen Herrn zu vermieten **Milgertstraße Nr. 2.**

Täglich frische Butter der **Wollereien Schaffrät und Merseburg** empfiehlt **Stephan, Unteraltersburg 11.**

Heu ab **Wahnhof** empfiehlt billigst **Wilhelm Gummert.**

Den geehrten Herrschaften von Merseburg und Umgegend zur Anzeige, daß ich das früher betriebene **Gefindevermietungs-Geschäft** von meiner Mutter, Frau **Wäpfer**, (früher Frau **Sangroß**) übernommen habe. **Herrmann Langroß, Steinstr. 6.**



in **Merseburg** in der Farbenhandlung von **C. Lechte, Maler.**

Sommer-Theater im Livoli
Direktor: Oscar Drescher.
Donnerstag den 20. Juli 1893.
Erstes Auftreten der neuengagierten Soubrette Fräulein Helene Sperling.
Novität.

Unsere Don Juans.
 Große Oberettennovelle in 4 Akten von Leon Trepton. Musik von Frz. Hoff. (Durchschlagender Erfolg.)
 (Über 300 Mal in Berlin gegeben, sowie auch mit steigendem Erfolge an fast allen Bühnen Deutschlands.)
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Freitag den 21. Juli 1893.
 Zum zweiten und letzten Male.
 Auf allgemeinen Wunsch:

Novität. Das barfüßige Fräulein.
 Lustspiel in 4 Akten von Rosen.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

An die Verehrer, Freunde und ehemaligen Schüler des Professors **D. Beyhschlag** zu Halle a. S. Will's Gott, vollendet

Herr Professor D. Beyhschlag in Halle am 5. September dieses Jahres sein **stiebenzigstes Lebensjahr.**

Verehrer, Freunde und Schüler des Genannten haben sich in dem Gedanken einig gefunden, der erwähnte Tag möchte Vielen eine willkommene Gelegenheit bieten, um ihrer Verehrung, Liebe, Dankbarkeit für den Genannten Ausdruck zu geben. Wie Manche dankt ihm für Vieles, was er geleistet und in Predigten und Vorträgen geleistet hat! Wie Viele sind von ihm für ihren Beruf angeleitet und beauftragt worden! Wie bitten um freiwillige Beiträge zu einer Festgabe, welche mit uns als eine Stiftung für einen von Herrn Prof. für Beyhschlag besitz zu bestimmenden evangelischen Zweck den Gesungenen sind bis 1. August an Herrn Verlagsbuchhändler **Eugen Eichen** in Halle (Saale), Hermannstraße 29, zu richten.

Vielleicht verbinden wir mit der Uebersendung der Festgabe und der Namen ihrer Spender eine kleine ungezwungene Vereinerung. Derselbe soll jedem Einzelnen irgend eines Beitrags mit einem Bescheidensbescheid rechtzeitig Nachricht werden.

(Namen die Unterzeichneten.)
 Zur **Erstausgabe und Weiterbeförderung von Gaben** zu dem berechneten Zwecke ist die Exped. d. Bl. gerne bereit

Größtes Lager in den schönsten und geschmackvollsten angeführten **Grabdenkmälern** aus **Granit, Syenit, Marmor und Sandstein** von **Peuschel's Nachf., L. Neumayer,** Merseburg, Leipzig, Querfurt, Menschauer Str. 6. Leplafstr. 5. am Markt. Solide Preise! Centrale in Merseburg. Gute Arbeit!

Preis-Kegel-Tournoi. Sonntag den 23. und Montag den 24. Juli findet im Restaurant **Hospitalgarten** ein **Preis-Kegeln** statt. Karten à 1 Mk. sind im Locale zu haben.

Silber-Kegeln auf der **Böhlenbahn à Karte 1 Mk.** Die Silbergewinne sind Sonntag Nachmittag und Montag im **Garten** ausgestellt. **Das Comité.** J. A. C. Mayer.

Als Gelegenheitskauf bringe **Taschentücher**, Dutzend 2,70 bis 3,50 Mk., **Handtücher**, Dutzend 5.— Mk., **Tüfelschürzen**, Stück 60 Pf. bis 1 Mk., **Hemdentuche**, Meter 38 Pf., **Damastbettbezug mit 2 Kissen** 7.— Mk., **Waschlweiden** von 70 Pf. an zur Empfehlung. **Adolf Schäfer.**

Elfenbein-Seife. In Etüden à ca. 125 Gramm 10 Pf. überall zu haben. Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich. Erste u. alleinige Fabrikanten der echten Elfenbein-Seife mit Schutzmarke „Elefant“ **Günther & Haussner** in Chemnitz.

Freitag den 21. d. M. trifft wieder ein **Transport hochtragende und neumilchende Röhre** mit den **Kälbern**, besgl. $\frac{1}{2}$ —1 jährige **Färsen** sehr preiswerth bei mir zum Verkauf ein. **L. Nürnberger.**

Amateur-Photographie! Alle Arten Apparate u. Utensilien. **Trockenplatten** nur bester Fabriken. **Albumin, Aristo- und Celluloidpapiere, Chemikalien und Lösungen** nach best. erprobten Vorschriften. **Cartons** in allen Grössen und Dessins empfiehlt (37172.) **Georg Zelsing, Halle a/S., an den Kleinschmieden.** Bei Anschaffung von Apparaten Ratenzahlung gestattet.

Von Freitag ab **Kindfleisch-Verkauf** à Pfund 40 und 50 Pf. und **Kaldauen** à Pfd. 20 Pf. bei **Karl Enke,** Annenstraße 14.

Wafelatur in großem und kleinem Format hält in obgenannten Päckchen zu 5 und 10 Pfund vorrätig **Th. Rössner,** Buchdruckerei, Delgrue 5.

Ichthyol-Seife v. Bergmann & Co., Berlin & Frankfurt a. M. Beste allein ächte Marke: **Seife mit Erdnigel und Kreuz.** Wirksamstes Mittel gegen **Nervenrheumatische und gichtische Leiden, Podagra,** sowie gegen **Gicht, Sautenschläge** etc. **Vorrätig: Preis 50 Pf. bei F. Curtze, Apotheker, Filiale in Döllnis.**

ff. Kindfleisch empfiehlt von Freitag ab **L. Nürnberger.**

General-Versammlung des **Ortsverbandes** hiesiger **Gewerkvereine** Sonntag den 23. Juli cr., abends 8 Uhr, im **Wehler'schen Restaurationslocale.** Tagesordnung: 1) Kassenericht über II. Quartal 1893 und Entlastung des Kassiers. 2) Besprechung der Feste des 25 jährigen Bestehens der Gewerkevereine. 3) Geschäftsbericht. **Alle Mitglieder, welche noch Interesse haben, werden um pünktliches Erscheinen gebeten. Die gewählten Herren Comité-Mitglieder werden ganz besonders ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.** **Der Vorstand.**

Landwirthschaftlicher Consum-Berein Merseburg, C. G. m. b. H. Die vereinigten Mitglieder des Consumvereins werden gebeten, bei dem **erhöhten Bedarf an Futterartikeln** doch den Bedarf in ihren Wirtschaften auf ca. vier Wochen oder noch länger zu überlagern, und die Bestellung der Waaren unterm derzeitigen Lagerhüter brieflich oder mündlich zu übermitteln, damit für die genügende Quantität Waare gefertigt werden kann, da täglich die Preise für Futterartikel steigen. Die Preislisten können beim Lagerhalter eingesehen werden oder werden auf Verlangen zugesandt. **Der Vorstand.**

Melodia. Sonnabend Abend in **Schwender's Restaurant.** **Der Vorstand.**

G.-C. „Heiterkeit“. Heute Abend **General-Versammlung** in der **Kassierhalle.** Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist **notwendig.** **Der Vorstand.**

Gesang-Berein „Iris“ feiert Sonntag den 23. Juli 1893, abends 7½ Uhr, in der **Kaiser Wilhelmshalle** sein **12. Stiftungsfest,** bestehend in **Concert, Theater und Ball.** Das Theater wird von der Schauspieler-Direction **Gebrüder Bornmann** ausgeführt. Zur Aufführung gelangt: **Eingliedlicher Familienvater.** Posse in 3 Akten. Programm 15 Pf. **Der Vorstand.**

Kaiser Wilhelmshallen-Theater. **Donnerstag den 20. Juli.** **Der böse Geist Zumpaci-Bagabundus** oder: **Das lächerliche Aleeblatt.** Posse mit Gesang in 4 Akten. **Die Direction.**

Gasthof 3 preussischen Adler. Heute **Donnerstag** **grobes Säbuchen-Ausschießen.** **Empfiehlt fr. Rindfleisch, frische Würstchen, sowie gutgepflegte Biere** aus **C. Berger's Brauerei.** Dazu ladet freundlichst ein **A. Krauseneck.**

Restaurant Hospitalgarten. **Morgen Freitag** **Entemitt Meerrettig.** **Morgen Freitag** **Schlachtfest** bei **F. Dahn.**

Grosser Verdienst! **Säbuler, Sanfter** gesucht für einen ganz neuen, durchwegs soliden, überall leicht verkäuflichen **Gasthatsartikel.** **30 % Rabatt!** **L. H. Starke, Leipzig, Steinstraße 85.**

Ein Schulmädchen zur **Wardung** eines **Kindes** sofort gesucht **Langhändler Straße 18, 1. Et.** Ein junges kräftiges Mädchen wird bei **hohem Lohn** für sofort nach **Leipzig** gesucht. Auch erhält ein **jüngeres** Knicht Stellung durch **Ww. Bertha Kassel.**

Sich fudge zum **spürbaren Antritt** ein **Vieh mädchen.** **Herrmann Langrock,** Steinstraße 6. Ein **Korallen-Saarpiel** am **Dienstag** Abend in der **Kassierhalle** verloren. Bitte obigen gegen **Belohnung** große **Steinstraße 6.** **Sierzu eine Beilage.**

Provinz und Umgegend.

g. Halle, 19. Juli. Einen jähen Tod fand Herr Dr. Epenhahn aus Hohenstedt. Derselbe war noch heute gesund, seine Frau wollte ihn vom Bahnhofe Fußgängerhal mit der Kutsche abholen. Als er dort aus dem Zuge stieg, stürzte er hin und blieb tödt auf der Stelle liegen.

† Erfurt, 17. Juli. Heute Vormittag besichtigten unsere Sängergäste zunächst die Sehenswürdigkeiten der Stadt. 1/21 Uhr begann in der Festhalle das gefällige Konzert, bei dem als Solisten die Konzertfängerin Fräulein Julie Müller aus Weimar (Soprano), der herzoglich sächs. Kammerfänger Herr Max Wittner aus Coburg (Bariton) und der großsächs. Kammermusikus Herr Karl Frankenburger aus Weimar (Harfe) mitwirkten. Tausende von Zuhörern wohnten dem Concerte bei. Um 3 Uhr ordneten sich die Sänger auf dem Friedrich-Wilhelmplatz zum Festzuge nach dem Festplatze. Der Zug umfasste gegen 4000 Personen. 94 Fahnen befanden sich im Zuge. Auf dem Festwagen mit dem Bundesbanner lag auf hohem künstlichen Hülsen eine liebreizende Jungfrauengestalt, die Voreley darstellend. In Nischen symbolisirten zwei Frauengestalten das Volklied und das Kirchenlied, ein Sänger das Minnelied. In 16 Wagen hatten die Ehrengäste Platz gefunden, u. a. die Herren Bürgermeister Lange-Erfurt, Professor Voigt-Gotha, der Erste Vorsitzende des Thüringer Sängerbundes &c. (St. 3g.)

† Zeulenroda, 16. Juli. Am Freitag starb in dem benachbarten Triebes ein etwa 35-jähriger Mann nach Genus einer größeren Menge Krüsen, von frischem Fleisch und kaltem Wasser unter choleraartigen Erscheinungen. Die Exkremente sind zur Untersuchung an das Hygienische Institut in Jena gefahrt worden.

† In Wagdeburg wurde am Dienstag früh 6 Uhr der Handlungsgehilfe Hermann Knabe aus Mülheim mittels Schlagbeils vom Schaftrichter Reindel hingerichtet. Knabe hatte am 3. Juni 1892 seinen früheren Prinzipal, den Conditor Otto Witte, ermordet.

† Eine Liebestragödie spielte sich vor einigen Tagen in der Nähe von Vibra ab. Der schließliche Sneydi Mira überließ die 16-jährige Dienstmagd Agnes Peter aus Rathowinkel, weil sie das Verhältniß mit ihm gelöst hatte, und brachte derselben so schwere Verletzungen an einem Karste bei, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Erst nach heftigem Widerstand gelang es, den Verbrecher dingfest zu machen.

Localnachrichten.

Merseburg, den 20. Juli 1893.

** Die hiesige königliche Regierung bringt in der neuesten (Zulth-)Nummer des „Amtlichen Schulblattes“ für den Regierungsbezirk Merseburg folgende Verfügungen zur Kenntniß: 1) „Die Herren Kreis- und Schulinspektoren werden ersucht, aus bei Neubefugung der Kreis- und Schulinspektoren des Bezirks stets, auch ohne besondere diesseitige Aufforderung, anzugeben, welche hiesigen Aemter mit einer jeden dieser Stellen verbunden sind. Die Anzeige ist nur in dem Falle nicht zu erstatten, wenn aus den von den Herren Privatcollegiatoren ausgefertigten Berufungsurkunden die Dienstobliegenheiten die jedesmaligen Stelleninhaber vollständig ersehen werden können. 2) Nach neuerer Bestimmung des Herrn Ministers ist künftig von der Verwaltung unbefesteter Schulstellen durch Präparanden grundsätzlich abzusehen. Sollten ganz besondere Gründe für die Beschäftigung eines Präparanden sprechen, so haben die Herren Kreis- und Schulinspektoren rechtzeitig an uns zu berichten. Die in unserm Aufschreibebuche gegenwärtig noch mit der Verwaltung erledigter Schulstellen betrauten Präparanden sind von den Herren Kreis- und Schulinspektoren ausnahmslos mit dem 30. September d. J. zu entlassen.“

** Vorlage der Bücher bei der Einkommensteuererschätzung. Der 5. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat entschieden, daß auch in der Berufungskommission der Steuerpflichtige zwar gehalten ist, im gegebenen Falle der Commission oder deren Vorstehenden oder dem hierzu beauftragten Mitgliede der ersteren seine Geschäftsbücher vorzulegen, nicht aber einem Dritten, der etwa, ohne Mitglied der Commission zu sein, oder zu den bei der Steuerveranlagung betheiligten Beamten zu gehören, von der Commission mit der Einsicht der Bücher betraut werden sollte, es sei denn, daß der Steuerpflichtige seinen Einverständnis damit erklärt.

** Unter den Mitgliedern von Krankenkassen der verschiedensten Gattung ist es immer noch nicht genügend bekannt, daß die Krankenkassen nicht ohne Weiteres verpflichtet sind, die in Krankenhäusern

entstehenden Kurkosten für erkrankte Mitglieder zu zahlen, daß dazu vielmehr eine ausdrückliche Ueberweisung der Kranken seitens der Kassenvorstände an die Krankenhäuser erforderlich ist. Will oder muß ein erkranktes Kassenmitglied ein Krankenhaus aufsuchen, so hat sich dasselbe zunächst beim Kassenvorstande zu melden, und um einen Aufnahmeschein für das Krankenhaus nachzusuchen. Die Erklärung oder Anweisung des Kassenarztes allein verpflichtet die Kasse nicht zur Gewährung der freien Krankenhauspflege für ein Mitglied. Die Unterlassung dieser Bestimmungen hat für die erkrankten Kassenmitglieder und deren Familien mancherlei Unannehmlichkeiten, sowie auch Nachtheile zur Folge. Abgesehen davon, daß sie in die Lage kommen, einen Theil der Kurkosten selbst zahlen zu müssen, verlieren sie auch den Anspruch auf die Unterstützung für die Familie, welche die Kassen bei Gewährung freier Krankenhauspflege gewöhnlich noch zu leisten haben. Ferner aber fallen sie bei Vernachlässigung der Bestimmungen der Kassenstatuten der Armenpflege anheim und verlieren unter Umständen ihr politisches Wahlrecht. Es kann den Kassenmitgliedern deshalb nicht dringend genug an's Herz gelegt werden, in ihrem eigensten Interesse in Erkrankungsfällen zunächst den Krankenarzt aufzusuchen, dann vom Kassenvorstande den Aufnahmeschein für ein Krankenhaus zu erbitten und hiernach erst das letztere aufzusuchen.

** Ist beim Mietzen von abgenutzten, reparaturbedürftigen Mietzräumen, welche, wie auch dem Mietzer bekannt ist, bis zum Beginn der vertragmäßigen Mietzeit von dem bisherigen Mietzer bemutet werden, die Renovierung derselben vereinbart, so muß sich, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, im Gebiete des Preuss. Allg. Landrechts der Mietzer die Renovierung nach seiner Uebernahme der Mietzräume gefallen lassen und er kann dafür, daß er die Räume nicht benutzen kann, eine Entschädigung nicht verlangen. Ist für die Renovierung beim Mietzen eine bestimmte Zeit vereinbart und sodann der Umfang der Renovation auf Wunsch des Mietzers ausgedehnt worden, so muß sich der Mietzer eine entsprechende Dauer der Arbeiten über jene Frist hinaus gefallen lassen.

** Hat der Käufer einer Sache wegen fehlender vorbedungener Eigenschaften mit Grund seinen Rücktritt erklärt und den Verkäufer zur Rücknahme aufgefordert, so ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, I. Civilsenats, vom 22. April 1893, der Käufer im Gebiete des Preuss. Allg. Landrechts nur so lange verpflichtet, für die Aufbewahrung der Sache zu sorgen, bis Verkäufer nach empfangener Aufforderung in der Lage ist, selbst die erforderlichen Anordnungen für Aufbewahrung der Sache zu treffen. So weit geht auch nur die im Art. 348 des Deutschen Handelsgesetzbuchs bestimmte einstweilige Aufbewahrungspflicht des Käufers.

** Invalditäts- und Altersversicherung. Welsch ist die irrige Ansicht vertreten, daß Arbeiter, welche im Laufe des Jahres das Arbeitsverhältniß eine Zeit lang unterbrechen, für diese Zeit keine Beitragsmarken verwenden dürfen. Demgemäß werden auch viele Verarbeitete, sobald sie keine Arbeit oder Verdienst haben, weder Doppel- noch die bisherigen Marken verwendet haben. Der § 117 des Invalditäts- und Altersversicherungsgesetzes bestimmt, daß Versicherte, welche aus dem Versicherungsverhältniß ausgetreten, berechtigt sind, dasselbe freiwillig dadurch fortzusetzen, daß sie während der beschäftigungslosen Zeit für jede Woche eine Doppelmarke à 28 Pf. zu verwenden. Handelt es sich um die Unterbrechung einer Beschäftigung bei einem bestimmten Arbeitgeber, so kann für einen vier Monate nicht übersteigenden Zeitraum das Versicherungsverhältniß auch ohne Beibringung von Zusatzmarken dadurch freiwillig aufrecht erhalten werden, daß der Arbeitgeber oder der Versicherte die bisherigen Beiträge fortentrichtet (§ 119). Die Wichtigkeit dieser Bestimmung zur Erfüllung der Wartezeit zur Erlangung einer Invalidenrente, welche fünf Beitragsjahre, das sind 235 Beitragswochen, noch mehr aber der Altersrente, welche 30 Beitragsjahre, das sind 1410 Beitragswochen, beträgt, ist unverkennbar, und es kann den Versicherten im eigenen Interesse die Verwendung von Beitragsmarken auch während einer beschäftigungslosen Zeit nicht genug empfohlen werden.

** (Livoli-Theater.) Die zweite große Novität, die Herr Director Drescher dem Publikum bringt, sind „Unsere Don Juans“. Diese Don Juans sind ein paar flotte Lebemann, die aber doch schließlich von Gott Amor in Hymens Fesseln geschmiebelt werden. Zur Erheiterung des Publikums kommen ferner drei richtige Berliner Egerln auf die Bühne, die „absolut“ komisch sind. Die Musik ist durchweg schön und original zu

nennen. Besonders hübsch ist das Lied: „Deutschland, du bist mein Zwerl“, ebenso ist von zündender Wirkung die Ballade vom Ritter Don Juan. Wir können nur wünschen, daß die Nähe der Direction durch ein volles Haus belohnt werde.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

× Schäfte b. Mülcheln, 16. Juli. Heute fand im Hauptmann'schen Locale hieselbst eine Vorstandssitzung des „Sängerbundes an der Geisel“ statt. Unter anderem wurde beschlossen, daß im Hinblick auf die traurigen Ernteaussichten von einem Bundesfängerfeste in diesem Jahre abgesehen werden solle. — Ein recht erquickender Regen am Montag und Dienstag hat den leidenden Fluren sehr wohlgethan, so daß die Aussichten auf eine noch befriedigende Rüben- und Kartoffelernte etwas bessere geworden sind.

** Mülcheln, 18. Juli. Der Verbandstag der Feuerwehren des Kreises Querfurt, welcher von Sonnabend bis Montag hier abgehalten wurde, erfreute sich, vom schönsten Wetter begünstigt, reger Theilnahme auswärtiger Feuerwehren, wie auch von Freunden derartiger Festlichkeiten. Nur dem gestern Nachmittag stattfindenden Varienconcert wurde noch in der siebenten Stunde durch einen starken Regenschauer ein schnelles Ende bereitet. Fast sämtliche Bewohner gaben ihre Theilnahme durch Schmücken der Häuser und Straßen mit Kränzen, Guirlanden und Fahnen zu erkennen. Mit einem Ball, welcher gegen 3 Uhr morgens sein Ende erreichte, fanden die Festlichkeiten gestern Abend ihren Abschluß. Heute hat unser Städtchen sein Festtagsgewand wieder abgelegt.

Patent-Liste der Erfinder aus der Provinz Sachsen und Thüringen.

Mitgetheilt durch das Patent-Bureau von Otto Wolff in Dresden.

(Abonnenten dieser Zeitung ertheilt das Bureau freie Auskunft über Patente, Marken- und Musterrechte.)

Angemeldet von: Fr. Hofe in Dörstewitz bei Delitz am Berge und W. Probst in Cerelesien bei Sangerhausen: Hubpumpe mit leicht zugänglichen zu waschenden Kolben und Saugventil. — Firma Hermann Laas & Cie. in Wagdeburg-Neustadt: Vorrichtung zum Entfernen fester Stoffe aus Abwässerinnen oder Kanälen; Zusatz zum Patente Nr. 69 638.

— Firma C. Lude in Ulmenburg: Verfahren zur Herstellung mehrfarbiger verbleibender gemauerteter Cementplatten; Zusatz zum Patente Nr. 58 372. — L. Schmelzer in Wagdeburg; Thonenerde. — Dr. H. Steiner in Stuttgart-Berg, Carl Unger in G. H. Schölen und Martin Ziegler in Nachterstedt: Generator zur Gewinnung der Heißgase aus Kohle u. dergl.; Zusatz zum Patente Nr. 68 339. — August Boden in Halberstadt: Doppelpersonenboden für Pianinos und Flügel.

Ertheilt an: Dr. D. Stettenheimer in Zeitz: Verfahren zur Herstellung von plastischen Gegenständen u. dergl. aus einem Abfallprodukt der Essigsäurefabrikation. — R. Langenstepen in Wagdeburg-Budau: Einlaßventil für Luft und Gas oder Petroleum. — H. Mundlos & Co. in Wagdeburg-Neustadt: Stoffdrücker für Nähmaschinen zur selbstthätigen Ueberwindung größerer Ungleichheiten im Stoff. — H. Lehmann, königl. Commerzienrath in Halle: Electricische Sammelbatterie mit Bariumoxydperoxyd als wirtkame Masse und Chlorbariumlösung als Erregungsflüssigkeit. — R. Schmidt und F. Wolf in Wippenfeld: Dünger- und Jauche-Transportwagen. — Firma J. D. Reiner jun. in Waltershausen: Lösbare Befestigung der Oelbehälter und des Kopfes an Oelentpumpen; Zusatz zum Patente Nr. 69 020. — A. Kühnemann und J. Winter in Hildersleben: Schälmaschine. — Gebrüder Seeger in Dordruff: Staubfreie Federmaschine. — G. Haebel in Wagdeburg-Eutenburg: Kolbenfilterpresse.

Neueste Nachrichten.

Brüssel, 19. Juli. Die belgische Abgeordnetenkammer hat gestern in nicht öffentlicher Sitzung trotz Widerspruchs der Regierung beschlossen, jedem Abgeordneten 4000 Francs jährliche Entschädigung und freie Fahrt auf allen Eisenbahnen zu bewilligen.

Paris, 19. Juli. Alle während der jüngsten Unruhen nach Paris gezogene Regimenter sind gestern in ihre Garnisonen zurückgeführt.

Wien, 19. Juli. Die sozialistischen Kundgebungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts dauern fort. Gestern fanden in Wien und Graz statt besuchte hierauf bezügliche Versammlungen statt, welche stürmisch verliefen. Zwischen den sog. Unabhängigen und den offiziellen Sozialisten kam es zu heftigen Conflikten.

Sofia, 18. Juli. Eine von etwa 100 Bürgern der Stadt Starazagora unterzeichnete Petition ist hier eingegangen, welcher in mitgetheilt wird, daß

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend jezt 7/8 Uhr.
Gesellschaftliche: Deigrahe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 142.

Donnerstag den 20. Juli.

1893.

Das „Opfer“ der konservativen Partei.

Das Organ der Livoli-Konservativen, welche neulich dem Grafen Herbert Bismarck wegen seines tapferen, aber völlig unwirksamen Angriffs gegen den neuen Kurs lebhaften Beifall spendeten, die „Kreuztg.“, schreibt heute: „Nachdem einmal eine Verstärkung unserer Wehrkraft unter Verbeibehaltung der dreijährigen Dienstzeit zur Unmöglichkeit geworden war, sind wir mit voller Entschiedenheit für Unterstüßung der Regierungsvorlage eingetreten und nicht an uns hat es gelegen, wenn sie schließlich nur in der abgeschwächten Formulirung des Antrags Hucne angenommen wurde.“ Der Wahrheit gemäß mußte dieser Schlusssatz lauten: Nicht an uns hat es gelegen, wenn die Vorlage nicht schließlich in der ursprünglichen Fassung auch von dem neuen Reichstage abgelehnt worden ist. Denn die deutschkonservative Partei hat keinen Augenblick daraus ein Hehl gemacht, daß sie die Umwandlung des Antrags Hucne in eine neue Regierungsvorlage als einen „Fehler“ in ihrem Sinne ansieht und daß sie, ganz wie Graf Bismarck und die „Hamb. Nachr.“, in dem Verzicht auf die dreijährige Dienstzeit eine Verschlechterung der Armee und die Preisgebung der großen Traditionen der — preussischen Conscience erkennt. Wie manches wäre anders gekommen, wenn die deutschkonservative Partei des Reichstags dieser Ueberzeugung von Anfang an Ausdruck gegeben hätte. Vor allem aber, wie vertragen sich mit dieser Einsicht, daß eine Verstärkung unserer Wehrkraft unter Verbeibehaltung der dreijährigen Dienstzeit zur Unmöglichkeit geworden, die Deklamationen des Hrn. von Manteuffel von den schweren Opfern, welche die konservative Partei durch Zustimmung zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit gebracht habe? Eine Partei hat doch nicht das Recht, von einem „Opfer“ zu sprechen, welches sie bringe, indem sie auf die dreijährige Dienstzeit verzichtet, weil bei Aufrechterhaltung derselben die Armee den Anforderungen, die für die Sicherheit des Vaterlandes an sie gestellt werden müssen, nicht mehr entsprechen würde? Die dauernde Dienstzeit kann nicht Gegenstand der politischen Ueberzeugung sein, um so weniger, wenn die „dreijährige“ Dienstzeit nur dem Namen nach, nicht thatsächlich besteht. Ob zwei- oder dreijährige Dienstzeit ist lediglich eine Frage der Erfahrung und der militärischen Technik. Die preussisch-deutsche Armeearganisation beruht auf dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht, deren praktische Durchführung selbstverständlich an dem Bedarf an kriegstüchtigen Mannschaften und an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Volks seine Schranke findet. Die Livoli-Konservativen aber waren auf dem besten Wege, die Durchführung des Prinzips zu verhindern, weil — nun weil die Herabsetzung der Dienstzeit in Verbindung mit einer weiteren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht eine alte liberale Forderung ist. Weil in dem freisinnigen Programm sich diese Forderung findet und Graf Caprivi dennoch vor der Anerkennung derselben nicht zurückgeschreckt ist, behauptet die „Kreuztg.“, es sei für jeden konservativen Mann recht bedauerlich, daß die so lange, so mühsam, so erfolgreich unter der glorreichen Regierung Kaiser Wilhelms I. von Er. Majestät selbst und seinen großen Verthern — Bismarck, Moltke, Roon — erkämpfte Position preisgegeben wurde und „man“, d. h. die Regierung sich dem willkürlichen Programm der fanatischen Gegner jener accomodirt hat! Das ist es, was die Livoli-Konservativen dem Grafen Caprivi nicht verzeihen, daß er durch den Verzicht auf das Septennat und auf die dreijährige Dienstzeit als Kampfmittel wieder einen der unter dem Regime des alten Kurtes künstlich geschaffenen Gegenätze zwischen den liberalen Parteien und der Regierung beseitigt und damit die konservative Partei verbindet, daß der Regierung ihre Bedingungen zu diktiren. Das ist das Opfer, welches die Herren v. Manteuffel und Gen. zu bringen nicht umhin konnten.



fordern, bezüglichen zur die gaminten der getobieten, verunbunden und gefangenen Staatsangehörigen oder Mitglieder einer unter dem Schutze Frankreichs stehenden Nation. Die Regierung erachte die Rechte Frankreichs durch die Verträge vollkommen klar gestellt und die Situation verträge keinerlei fremde Einmischung. Frankreich handle ohne Eroberungsabsichten und achte die Unabhängigkeit Siam's.

Die Haltung Englands im französisch-siamesischen Conflict ist nunmehr eine sehr entschiedene geworden und gravitirt nach der Richtung, daß der Bestand des siamesischen Staates unter keinen Umständen angetastet werden darf. In der Montagssitzung des Unterhauses verlas der englische Parlamentssecretär des Auswärtigen, Grey, eine offizielle Erklärung, die diesen Standpunkt der englischen Regierung ungewöhnlich zum Ausdruck bringt und die vielleicht auf gewisse nach „gloire“ lüsterne französische Hühnerköpfe etwas abkühlend wirken dürfte. Das Unterhaus sah hierauf von einer weiteren Erörterung des Gegenstandes ab. — Eine gleichlautende Erklärung verlas im Oberhause der Staatssecretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Earl of Rosebery. — Die Gladstone nachstehenden, „Daily News“ sprechen offen aus, daß eine französische Annexion Siam's zu widersinnig sei, daß die bloße Idee jenseits des Canals kaum möglich sei; sie würde die französische Grenze dort mit der englischen identifiziren, und das wäre gegen das Interesse beider Parteien. Wenn Siam nicht bestände, müßte es erfunden werden, um Frankreich und England getrennt zu erhalten. Nach einer Meldung der „Times“ aus Bangkok verlassen viele Engländer mit ihren Familien und ihrem Vermögen Siam.

Die Auflösung des Communalraths von Neapel ist, wie bereits gestern kurz erwähnt, von der italienischen Regierung verfügt worden. Das betr. Dekret ist am Montag im amtlichen Blatte publizirt und zugleich ein königlicher Commissar ernannt worden. Motivirt wird die Maßregel damit, daß der — bekanntlich seiner Mehrheit nach radikale und francofrenndliche — bisherige Communalrath es nicht verstanden habe, die für Neapel und den Staat hochwichtigen Aufgaben zu lösen, und ferner

eine ernste und verständige Verwaltung der Finanzen notwendig.

Der klerikale belgische Ministerpräsident Bernaert, der am vergangenen Freitag bereits in Entlassungsgesuch eingereicht hat, hatte am Montag eine kurze Unterredung mit dem König. Der König erklärte, mitten in der Verfassungsrevision ein Besuch ablegen zu müssen, Bernaert weigerte sich jedoch, sein Gesuch zurückzunehmen und erklärte, die Geschäfte nur zeitweilig weiterführen zu wollen. Im Falle des Rücktritts Bernaert's wird das ganze Ministerium zurücktreten.

In der fernöstlichen Skupstina wurden am Montag die Anklageerhandlungen gegen das liberale Ministerium fortgesetzt. Der Deputirte Debinatsch nahm das Wort im Sinne der Anklage, welche er als einen notwendigen Läuterungsprozess bezeichnete, obwohl die Regierung nicht für eine Anklage eintrat. Zur Debatte meldeten sich mehrere Redner, darunter der Führer der Fortschrittler, Karaschanin. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die brasilianische Insurrektion in der Provinz Rio Grande do Sul ist ihres Führers beraubt worden. Eine Depesche des „New-York Herald“ aus Balparaiso bekündigt die Gefangennahme des Admirals von den Kolk, welcher nach der Ansicht des Blattes wahrscheinlich als Verräther gehandelt werden wird. Bei der brasilianischen Gefandtschaft in Berlin ist in Vertretung der anderweitigen Meldungen folgende amtliche Depesche eingegangen: „Rio, 19. Juli. Die Kanonenboote „Republica“ und „Pananca“ haben den Admiral von den Kolk auf der Höhe von Santa Catharina mit seinem Schiffe „Supier“ festgenommen, ohne auf Widerstand zu hoffen.“

Die chinesische Regierung verweigerte nach einer Meldung des „Standard“ aus Shanghai die Schadloshaltung für die Ermordung der schwedischen Missionare Wischom und Johansson in Sungpu. In Massenversammlungen der Ausländer in Shanghai und Hankow wurden energische Resolutionen gefaßt, welche die Großmächte aufforderten, einzuschreiten, die chinesischen Behörden zu nötigen, die Verträge zu achten, den Vicekönig und den Gouverneur zu bestrafen. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Mandarinen in Szech an dem Doppelwort mehr oder weniger indirekt theilhaftig waren.

Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Die Nacht „Hohenollern“ mit dem Kaiser Wilhelm und der Kaiserin an Bord traf gestern Vormittag auf der Höhe von Wiesby auf Gotthard ein. Eine zahlreiche Menschenmenge erwartete auf dem Quai die Ankunft des Schiffes. Die Häuser der Stadt und die Schiffe waren reich besetzt. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich mit ihrem Gefolge um 5 Uhr 15 Minuten an Land und unternahmen eine Fahrt durch die Stadt und nach den Ruinen. Das Abendessen nahmen die kaiserlichen Majestäten an Bord der „Hohenollern“ ein. Am Abend fand zu Ehren des Kaisers und der Kaiserin in den Ruinen ein Fest statt. In den beleuchteten Ruinen gelangten Szenen aus dem fabelhaften Leben des Mittelalters sowie aus der Zeit der Hanfa, verbunden mit Gesängen, zur Darstellung. Die Alther. Herrschaften beabsichtigten heute früh wieder in See zu gehen, um nachmittags bei Tullgarn einzutreffen, wo wahrscheinlich eine Zusammenkunft mit dem schwedischen Kronprinzen stattfinden wird. Das Besinnen der Majestäten ist vorzüglich. — Die Prinzessin Heinrich von Preußen traf gestern aus Wimbör in Haag ein und begab sich alsbald nach Scheveningen.

— (Zu den Kaisermandatoren) im September meldet die „Neue Zeitung“: Das Nezer Bezirkspräsidium ist davon in Kenntniß gesetzt worden, daß der Kaiser am 3. September mittags in Reg. eintrafen und sich hier sechs Tage aufhalten wird. Er